

E-Control
Rudolfplatz 13a
1010 Wien

per eMail: recht-post@e-control.at

Wien, am 14. November 2025
Geschäftszahl: R SNE 01/25

Betrifft: Begutachtungsentwurf -Verordnung 2018 (SNE-V 2018 – Novelle 2026)– Stellungnahme Industriellenvereinigung (IV)

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Industriellenvereinigung (IV) dankt der E-Control für die Übermittlung des oben zitierten Begutachtungsentwurfs. Die Industriellenvereinigung nimmt wie folgt dazu Stellung:

Grundsätzliche Anmerkungen

Bei den Netzentgelten Strom kommt es aufgrund mehrerer Effekte zu spürbaren Veränderungen. Insbesondere durch Investitionen in die Stromnetze kommt es in den meisten Netzgebieten zu starken Entgelterhöhungen.

Die dramatisch **voranschreitende Deindustrialisierung Österreichs** ist zu einem hohen Anteil bedingt durch nach wie vor **nicht konkurrenzfähige Energiekosten** am Industriestandort: Sowohl die Gas- als auch die Strompreise liegen in Österreich weit über dem Niveau anderer relevanter Wirtschaftsräume, wie den USA, und sind auch innerhalb Europas überdurchschnittlich hoch. **Steigende Systemnutzungsentgelte verstärken den Kostendruck zu den ohnedies hohen Energiepreisen.**

Wenngleich die IV positiv anerkennt, dass die im Zuge der Begutachtung zum Elektrizitätswirtschaftsgesetz (EIWG) eingebrachte IV-Forderung nach Nutzung des Regulierungskontos zur Abmilderung der Netzkosten aufgegriffen wurde, bedarf es grundlegender Reformen, um den Anstieg der Netzkosten in den kommenden Jahren nachhaltig in den Griff zu bekommen.

Seit Jahren verzeichnet Österreich steigende Systemnutzungsentgelte. Ein Trend, der in den kommenden Jahren weiter Fahrt aufnehmen wird: Denn die **Erreichung der Klimaneutralität 2040 – 10 Jahre früher als unionsrechtlich vorgesehen – bedingt die komplette Neuaufstellung des Energiesystems in einem deutlich verkürzten Zeitraum.**

Hierfür müsste insbes. die installierte Leistung der Erneuerbaren Energien mindestens verdreifacht werden – in rund 15 Jahren statt rund 25 Jahren.

Eine Studie zur Entwicklung der Netzkosten von Österreichs Energie adressiert die Problematik ebenfalls treffend: „*Energiepolitische Ziele: Durch eine zeitliche Anpassung der energiepolitischen Zielsetzungen kann der **steigende Verlauf der Kostenentwicklung abgeflacht werden.***“¹

Es bedarf daher aus IV-Sicht einer umgehenden Abkehr vom nationalen Alleingang Österreichs (Klimaneutralität 2040) im Rahmen der europäischen Klimapolitik (Klimaneutralität 2050) und einer entsprechenden Überarbeitung des ÖNIPs und anderer relevanter Planungsdokumente.

Zudem müssen rasch sämtliche Effizienzpotenziale im Rahmen des geplanten EIWGs genutzt werden, um mehr Kosteneffizienz in das Stromsystem zu bringen (siehe dazu ausführlich Stellungnahme der IV), insbes.:

- Regelungen zur Ansteuerung von Anlagen
- Spitzenkappung
- Umstellung Tarifstruktur auf stärkere Leistungskomponenten
- Mehr Verursachergerechtigkeit durch breitere Zahlerbasis der Netznutzungsentgelte
- Witterungsabhängigen Freileitungsbetrieb
- Monitoring Entwicklung der Systemnutzungsentgelte

Vor dem Hintergrund der Elektrifizierung bzw. angesichts des (geplanten) steigenden Stromabsatzes sollten in der Regulierungspraxis zudem alle Möglichkeiten genutzt bzw. geschaffen werden, auf künftige Mengenentwicklungen Rücksicht zu nehmen.

- Initiative, dass eine Leistungserhöhung für Verbraucher innerhalb eines angemessenen Zeitraums (z.B. 18 Monate) vom Netzbetreiber verpflichtend umzusetzen ist inkl. Schadenersatzrecht

Zum Reduzierten Sommer-Arbeitspreis

Die Intention die Netze vor starken Einspeisungsspitzen um die Mittagszeit im Sommer zu entlasten, ist grundsätzlich nachvollziehbar. Um die Belastung im Niederspannungsnetz potenziell zu reduzieren, soll gemäß VO-Entwurf in diesem Zeitraum ein vermindertes Entgelt verrechnet werden.

Trotz der positiven Intention sieht die IV den RSAP tendenziell kritisch, zumal nicht auf die konkrete Netzsituation Rücksicht genommen wird. Tatsächlich besteht die Gefahr, dass eine

¹¹

https://oesterreichsenergie.at/fileadmin/user_upload/Kurzstudie_Entwicklung_Netzentgelte_%C3%96sterreich_Juni-2025_final__002_.pdf

angespannte Netzsituation wegen bereits bestehender hoher Netzauslastungen noch verstärkt wird, ohne, dass der Netzbetreiber Möglichkeiten hätte, entgegenzusteuern. Entnehmergruppen würden mit dem RSAP demnach auch dann entlastet (und damit zu noch höherer Netznutzung angereizt werden), wenn die konkrete Netzsituation genau das Gegenteil verlangen würde.

Nicht nachvollziehbar ist zudem, weshalb mit dem reduzierten Sommer-Arbeitspreis (RSAP) Anreize für netzdienliches Verhalten nur für die NE7 gesetzt werden. Einige Industriebetriebe hätten mit ihrer Produktion tatsächlich einen Hebel auf eine erhöhte Einspeisung aus erneuerbaren Energien netzdienlich zu reagieren – durch höhere Abnahme, wenn erneuerbare Energie im Überschuss vorhanden ist.

Die Beschränkung auf NE7 widerspricht auch der Intention im geplanten ElWG, wonach netzdienliches Verhalten keine „bestimmte Netzebene“ kennt, sondern auf geographische Netzsituationen oder auf Vereinbarungen mit bzw. Anweisungen des Netzbetreibers abstellt.

Die wie im Begutachtungsentwurf enthaltene pauschale Regelung sollte jedenfalls bis zu einer Evaluierung mit maximal der Hälfte der vorgeschlagenen Reduktion auskommen, um eine Signalwirkung bei Verbrauchern zu generieren.

Weitere Unklarheiten: Der Gesetzestext gibt keine Auskunft über die notwendigen operativen Anforderungen an die Zählerparametrierung. Für die praktische Umsetzung fehlen klare Aussagen in der VO. Die Anwendung müsste abhängig vom Zählertyp (kommunikativer Zähler) sein, bei Non-Smart-Meter müsste ein Zugang zur Zählereinrichtung gegeben sein.

Der reduzierte Sommer-Arbeitspreis (RSAP) wird bereits zum 1. April 2016 umgesetzt. Ein Abgleich mit den Fristen gem. ElWG, welche für die flächendeckende Auslesung von 1/4-h-Werte grundsätzlich längere Fristen vorsehen, ist notwendig.

Wir ersuchen um Berücksichtigung der genannten Anliegen.

Mit freundlichen Grüßen
Industriellenvereinigung

Mag. Judith Obermayr-Schreiber, E.M.B.L.-HSG.
Geschäftsführerin REÖ-Ausschuss (Ressourcen, Energie, Ökologie)

Dipl.-Ing. Dieter Drexel
Stv. Bereichsleiter Klima, Infrastruktur, Transport, Ressourcen & Energie

